

Informationsveranstaltung zum Haushalt 2010 am 20.01.2010

Rede des Landrates

(es gilt das gesprochene Wort)

Anrede,

Man soll die Dinge so nehmen, wie sie kommen.
Aber man sollte auch dafür sorgen,
dass die Dinge so kommen,
wie man sie nehmen möchte.

Mit diesem Zitat des deutschen Schriftstellers Curt Goetz begrüße ich Sie zur Informationsveranstaltung zum Haushalt 2010.

Wir stellen Ihnen heute den zweiten NKF-Haushalt vor und das ist angesichts der finanziellen Lasten, die wir als Kreis Euskirchen zu tragen und an unsere Städte und Gemeinden weiterzugeben haben zunächst keine Freude.

Bereits Anfang Dezember haben wir Ihnen und den Bürgermeistern die Eckdaten des Haushalts zukommen lassen; ich darf dazu auf die Vorlage V 33/2009 verweisen.

Auf Basis dieser Eckdaten haben wir die Bürgermeister und die Fraktionsvorsitzenden Mitte Dezember mündlich bzw. durch einen Folienvortrag des Kämmers informiert.

Zum Ende der heutigen Informationsveranstaltung wollen wir Ihnen den fertig gedruckten Haushaltsplanentwurf überreichen.

Vorher wird Ihnen gleich der Kämmerer einen Überblick über die wesentlichen Daten und Entwicklungen geben.

Ich möchte dem Vortrag nicht vorgreifen, aber dennoch einige, wenige Sätze zum Haushalt sagen:

1.

Die sozialen Lasten erdrücken uns.

„Uns“ bedeutet: die gesamte kommunale Familie

„Uns“ bedeutet: den Kreis Euskirchen

„Uns“ bedeutet: die Städte und Gemeinden, nicht nur, aber auch im Kreis Euskirchen.

Bei den Kämmerern in unseren Städten und Gemeinden schrillen die Alarmglocken, denn schon die ersten Eckdaten zu den Haushaltsplanentwürfen haben keinen Zweifel daran gelassen, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise nicht vor den Toren der Kommunen halt gemacht hat.

Mit den Bürgermeistern unserer Städte und Gemeinden bin ich einig, dass die finanziellen Probleme der kommunalen Ebene

- auf der einen Seite ganz wesentlich von den stetig steigenden sozialen Lasten verursacht sind,
- auf der anderen Seite ihre Ursache aber gerade auch darin haben, dass Bund und Land uns mit diesen Lasten mehr oder weniger allein lassen.

Die Entwicklung der sozialen Lasten ist für die Kommunen durch Sparen nicht kompensierbar, selbst dann nicht, wenn die Kommunen in Nordrhein-Westfalen sämtliche Büchereien, Schwimmbäder, Sportplätze oder Museen schließen würden:

Die Aufforderung an Land und Bund kann daher nur lauten:

Beseitigen Sie die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen!

Denn die heutige Finanzausstattung wird den Anforderungen an das Leistungsprofil nicht mehr gerecht.

Unsere Kommunen laufen Gefahr, spätestens ab 2011, 2012 von der verfassungsrechtlich garantierten kommunalen Selbstverantwortung Abschied nehmen zu müssen.

2.

Gleichwohl müssen wir nach wie vor sparsam wirtschaften.

Der geltende, vom Kreistag beschlossene Handlungsrahmen führt dazu, dass sich der Kreis seit mehreren Jahren HSK-ähnlich verhält.

Einzuräumen ist, dass der Handlungsrahmen letztlich ein freiwilliger Beschluss des Kreistages ist.

Diese Freiwilligkeit hat einen kleinen Vorteil:

Sie schafft dem Kreistag Spielräume, in besonderen Situationen vom Handlungsrahmen abzuweichen.

Bisher bestand nach meiner Wahrnehmung im Kreistag die überwiegende Meinung, dass der Kreis dort, wo Städte und Gemeinden aufgrund ihrer Haushaltslage vom Stillstand bedroht waren, seine helfende Hand reicht.

Wir werden politisch zu entscheiden haben, ob diese Strategie fortgesetzt werden soll oder ob wir ein formelles Haushaltssicherungskonzept (HSK) aufstellen.

Die Bürgermeister fordern vom Kreis Solidarität.

Sie sehen den Solidaritätsgedanken in der Aufstellung eines HSK verwirklicht und nicht in der sogenannten helfenden Hand, was neben psychologischen Gründen sicherlich auch darin begründet sein mag, dass auch die helfende Hand letztlich kreisumlagefinanziert ist.

In die bevorstehenden Diskussionen über den richtigen Weg muss ein weiterer Gesichtspunkt einfließen:

Der Regierungspräsident hat den Kreisen im November einige Restriktionen im Hinblick auf Haushaltssicherungskonzepte bei Kreisen zukommen lassen.

Insbesondere wird vom RP darauf hingewiesen, dass das HSK nicht mit der bloßen Stundung einer höheren Kreisumlage verbunden sein darf.

Ich habe den Fraktionen die Verfügung des RP in Kopie zukommen lassen, damit sie für die weiteren Beratungen genutzt werden kann.

3. und letzter Punkt,

durch die Kommunalwahlen gibt es in diesem Jahr einen hohen Anteil an neuen Kreistagsabgeordneten.
Möglicherweise hat dies zur Folge, dass Sie als Neuling mehr Fragen haben als langjährige Abgeordnete.

Ich bitte Sie: Scheuen Sie sich nicht, zu fragen!

Ich möchte Ihnen persönlich und im Namen der Führungskräfte der Kreisverwaltung unsere Hilfe anbieten.

Beim Blick in die Eckdaten, dort in den Entwurf der Eröffnungsbilanz, könnten insbesondere die neuen Kreistagsabgeordneten auf die Frage kommen:

Warum ist es beim Kreis eigentlich mit dem Eigenkapital so eng?

Die Antwort ist relativ einfach:

Weil wir in den Jahren bis 2008 eine sehr geringe Kreisumlage hatten.

Das Rheinisch-Westfälischen Institutes für Wirtschaftsförderung (RWI) schrieb sogar in einer von der IHK Aachen in Auftrag gegebenen Studie von einer untypisch niedrigen Kreisumlage.

Ich darf aus dieser Studie zitieren:

„Diese niedrige Kreisumlage wurde in den vergangenen Jahren indes nur mit einem Substanzverzehr „erkauft.“

Dieser zeigt sich in den dramatisch steigenden Zuführungen des Vermögens- an den Verwaltungshaushalt.“

Wenn hier von Substanzverzehr die Rede ist, dann ist dies durchaus die richtige Schlussfolgerung.

Der Kreis Euskirchen hat nämlich in den vergangenen Jahren über

- den Verkauf von RWE-Aktien
- den Einsatz von Vermögen
- den Einsatz von Rücklagen und nicht zuletzt
- die Nichttilgung von inneren Darlehen

die Kreisumlage sehr niedrig gehalten – dies in Summe in einer Größenordnung von ca. 60 Mio. €.

Dieser Substanzverzehr fand in den Jahren bis einschließlich 2008 statt und beeinflusst damit die Eröffnungsbilanz.

Gleichzeitig muss man sagen, dass dies alles im Grunde sogenannte „Einmaleffekte“ waren, die mit der Einführung des NKF nun nicht mehr zur Verfügung stehen.

Daher lässt sich auch das äußerst niedrige Umlageniveau seit dem letzten Jahr nicht mehr halten.

Und hier schließt sich nunmehr der Kreis:

Alle Einmaleffekte der Vergangenheit haben lediglich dazu beigetragen, das eigentliche Problem der strukturellen Unterfinanzierung der Kommunen, das insbesondere durch die Entwicklung der sozialen Lasten verursacht ist, zu kaschieren.

Das Problem bedarf aber dringend einer Lösung!

Und hier stellt sich die Frage:

Ist ein Haushaltssicherungskonzept die richtige Lösung zum Problem!

Wir als Verwaltung können diese Frage weder mit einem eindeutigen Ja und ebenso wenig mit einem eindeutigem Nein beantworten.

Wir können nur feststellen, dass einige Kreise, auch in unserer Nachbarschaft, mit einem HSK erfolgreich wirtschaften und es in der Solidargemeinschaft mit den Bürgermeistern gelungen ist, Sparmaßnahmen gemeinsam zu erarbeiten, insbesondere wenn es um interkommunale Zusammenarbeit geht, die wir ja gemeinsam forcieren wollen um zusätzliche Sparpotentiale abzuschöpfen.

Wir sprechen auch immer von einem genehmigungsfähigen HSK und insofern sind die Behauptungen, keine freiwilligen Leistungen mehr zu tätigen nur bedingt richtig:

Begonnene Maßnahmen, wie z.B. Vogelsang oder im Bereich der Wirtschaftsförderung, auch Landesgartenschau sind nicht in Gefahr.

Aber auch hier ist zu überlegen, ob in dieser Notsituation, in der wir ohne Zweifel sind und 2011 noch tiefer reinrutschen werden, uns ohne nachteilige Wirkung, eine zeitliche Verschiebung einiger Fördermaßnahmen zugebilligt werden können.

Wenn alles auf dem Prüfstand soll, darf man solche, sicher unpopulären Maßnahmen, nicht verweigern.

Zusätzliche freiwillige Leistungen, wie das im Wahlkampf von beiden großen Parteien - übrigens mit Zustimmung der parteizugehörigen Bürgermeister – gefordert wurden (beitragsfreies Kindergartenjahr!) sind durchaus möglich, wenn auf anderes verzichtet bzw. verschoben wird.

Bei meiner Antrittsrede vor dem Kreistag am 11.11.09 habe ich gesagt, der Prioritätenkatalog muss verändert werden.

Wenn Familienpolitik und Familienfreundlichkeit in den Vordergrund gerückt wird, was ich ausdrücklich im Jahr der Familie begrüße, dann müssen andere Maßnahmen angepasst, verschoben oder gestrichen werden.

Mut zur Entscheidung kann ich da nur sagen und gemeinsam dazu aufrufen.

Herr Hessenius, unser Kämmerer, wird in seinem Vortrag auch die andere Seite – die HSK-Seite – mit ihren Auswirkungen skizzieren und ich bitte die Politik herzlich darum, mir schnellstmöglich – ich denke bis zur Arbeitsgruppensitzung, geplant am 01.02. – mitzuteilen, ob HSK ja oder nein, damit wir die entsprechenden Weichen stellen können.

So weit einige kurze Bemerkungen zur finanziellen Lage aus meiner Sicht.

Egal wie Ihre Entscheidung ausgeht, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung, insbesondere der Kämmerei, haben für den Haushaltsplanentwurf wieder gute Vorbereitungen getroffen deshalb möchte ich an dieser Stelle besonderen Dank sagen:

Die Belastungen, denen Sie durch die vielen NKF-Baustellen ausgesetzt sind, sind erheblich.

Wir werden auch die zusätzliche Arbeit für ein HSK schaffen.

Kreistag und Landrat wissen dies zu schätzen.

Ich wünsche uns allen für die Beratung des Haushalts 2010 eine glückliche Hand und danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Nun wird Ihnen der Kämmerer die wichtigsten Zahlen des Haushaltsentwurfes vorstellen.